Nr. 212
A 108

Morgen-Ausgabe

Berlin

Mittwoch, 7. Mai 1930
V

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt". „Finanz- und Handelsblatt". — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder" und „Literarische Umschau". — Mittwoch: „Reise und Wanderung". — Donnerstag: „Recht und Leben".

Wöchentlich 1 Mark, monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung Anzeigenpreise: mm-Zeile: 35 Pfennig. Familien-Anzeigen mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Red. (m. Ausn. d. Handelst.): i. V. Dr. Sven v. Müller. Bln. Unv. Manuskripte werden nur zurückges., wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600—3665 für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3666—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

6000 Erdbeben-Opfer in Indien

Die Katastrophe in Burma

Zusammenstöße mit Engländern / Kämpfe in Kalkutta und Delhi

London, 6. Mai / Ullstein-Nachrichtendienst

Das Erdbeben, das sich gestern in Burma ereignete, ist schwerer gewesen, als die ersten Meldungen ahnen ließen. Nach den neuesten Berichten wird die Zahl der Toten mit 6000 angegeben. Hiervon entfällt der größte Teil auf Pegu, eine Stadt von etwas über 11 000 Einwohnern, die nach dem Erdbeben durch Feuer und eine Sintflut vollständig zerstört worden ist. In Rangoon ist die Wendagonpagode, eines der sieben Weltwunder, die im 6. Jahrhundert erbaut ist und deren Kuppel aus reinem Gold besteht, schwer beschädigt worden.

Die indischen Extremisten in Rangoon, die das Erdbeben als Strafe Gottes für die Verhaftung Gandhis ansehen, haben Demonstrationen veranstaltet, wobei es zu Zusammenstößen kam, bei denen insbesondere allen denjenigen, die europäisches Tuch trugen, die Kleider vom Leibe gerissen wurden. Polizei und Militär mußte eingreifen, doch halten die Demonstrationen noch an.

In verschiedenen Orten Indiens, wo heute als Protest gegen die Verhaftung Gandhis ein allgemeiner Streiktag abgehalten wurde, ist es zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Streikenden gekommen, wobei die Inder die Polizei mit Steinen bewarfen, die vielfach von der Schußwaffe Gebrauch machen mußte. In einem Vorort von Kalkutta, in Panchanantala, versuchten Hindus das Abfahren eines Eisenbahnzuges zu verhindern. Nachdem die Polizei mit einem Hagel von Steinen überschüttet worden war, griff sie zur Schußwaffe, wobei 15 Inder und 2 Polizeibeamte verletzt wurden. An vielen Stellen haben sich Kongreßvolontäre über die Eisenbahnschienen gelegt, um den Eisenbahnverkehr stillzulegen. In Delhi wurde als Protest gegen Gandhis Verhaftung eine Prozession durch verschiedene Straßen abgehalten. In der Nähe des Postamts wurde das Auto des Polizeikommissars und eines andren Polizeibeamten von der Menge angegriffen. Die Polizei schritt ein und von den Demonstranten wurden ungefähr 30 Personen verletzt. Als Vorsichtsmaßnahme sind in den Straßen Delhis Panzerautos, englische Infanterie und indische Kavallerie stationiert worden.

Der als Nachfolger von Gandhi von dessen Anhängern zum Führer des passiven Widerstands gewählte Inder Abbas Tyabji ist heute in Navsari eingetroffen, um sein neues Amt zu übernehmen.

Keine Parteikrise!

Von
Erich Koch-Weser,
Mitglied des Reichstags

Die Hauptvorstandssitzung der Deutschen Demokratischen Partei, die am Montag in Berlin stattfand, hat den Gerüchten, daß die Partei sich in einer Krise befände, ein rasches Ende bereitet. Einstimmig ist der Antrag angenommen worden, der der Reichstagsfraktion und dem Reichsminister und Vizekanzler Dietrich das Vertrauen ausspricht. Auch die Stimmenthaltungen, die bei dieser Abstimmung zu verzeichnen waren, können das Bild der Geschlossenheit und Einheitlichkeit nicht beeinträchtigen.

Nachdem bereits der Wahlkreis Alt-Berlin am letzten Freitag seinem Reichstagsabgeordneten Koch-Weser einstimmig das Vertrauen votiert hatte, steht nunmehr noch der Beschluß des Reichsparteiausschusses aus, der am 25. Mai in Halle die maßgebenden Vertreter der gesamten Unterorganisationen versammeln wird. Wie dahin werden in zahlreichen Ortsvereinen noch Erörterungen über die Stellung der Demokraten zum Kabinett Brüning stattfinden. Und auch die Frage der Neugestaltung des deutschen Parteilebens wird überall lebhaft diskutiert werden. Die Diskussion wird jetzt fruchtbarer und positiver sein als vor der in der Vorstandssitzung gegebenen Aufklärung, als falsche Gerüchte und leidenschaftliche Einstellungen an manchen Orten die Diskussion in falsche Bahnen lenkten.

Für die Parteileitung ist es erfreulich zu sehen, wieviel frische Initiative heute in den Organisationen der Partei herrscht und wie stark die politischen Probleme die Parteimitglieder bewegen. Ich bin der letzte, der es bedauert, wenn dabei auch Kritik an der Haltung der Vorsitzenden geübt wird. Auseinandersetzung bedeutet Leben, und heute, wo die Parteigrenzen — die Verhältnisse in der Deutschnationalen Partei bewiesen es ganz deutlich — flüssiger sind als jemals vorher, kann keine Partei Friedhofsruhe gebrauchen. Im vorliegenden Fall habe ich keinen Zweifel, daß eine objektive Würdigung der Sachlage stets wieder zu einer Billigung des Verhaltens von Reichstagsfraktion und Parteileitung führen wird.

Denn die Stellungnahme der Reichstagsfraktion in der Krise der letzten Wochen ergab sich zwangsläufig aus den politischen Verhältnissen. Für eine Verteidigung der sozialdemokratischen Haltung, die das Kabinett Müller und die Große Koalition zerstört hat, fand sich nirgends eine einzige Stimme; überall ist diese Selbstausschaltung der Sozialdemokratie, die sich dem Rat ihrer verantwortlichen Führer bedauerlicherweise widersetzt hat, auf das schärfste abgelehnt worden. Damit war die Beteiligung an der neuen Regierung Brüning als unvermeidbar anerkannt. Für eine Partei mit selbständigem Leben ist es ausgeschlossen, sich aus der politischen Mitarbeit deswegen zurückzuziehen, weil eine andere Partei Fehler begeht, und abzuwarten, bis sie diese Fehler bereut. Sie hat sich in jede politische Situation aus dem Gesichtspunkt heraus einzuordnen, daß sie mitwirkt, solange sie ihre Bestrebungen wenigstens zum Teil durchsetzt und solange sie Schlimmeres verhüten kann.

Wenn die Sozialdemokratie aus der neuen Regierungsbildung lernt, daß die Mitarbeit in einer Koalition unmöglich ist, wenn man sich auch gegenüber so maßvollen Anträgen wie dem Antrag Brüning-Meyer versteift, ist viel gewonnen. Es ist übrigens auch viel gewonnen, wenn man rechts von uns lernt, daß es unter den gegenwärtigen Machtverhältnissen zwar möglich, aber nicht leicht ist und Opfer erfordert, ohne die Sozialdemokratie zu regieren.

Daß durch den neuen Zusammenschluß gleichzeitig die Anwendung des Artikel 48 verhindert ist, bedeutet einen Erfolg für Demokratie und Parlamentarismus. Qui mange du pape, en meurt. Möchte in diesem Falle die Anwendbarkeit des Artikels 48 noch nicht verfassungswidrig gewesen sein, so bedeutet sie doch auf jeden Fall das Abgleiten auf eine schiefe

Gesamtprogramm für die Osthilfe

Die gestrige Kabinettssitzung / Teilnahme des Reichsbankpräsidenten
Mehrjähriges Rahmengesetz / Finanzplan für das erste Jahr

Das Reichskabinett hat gestern nachmittag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers und in Anwesenheit des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther das Osthilfegesetz beraten. Die Besprechungen werden morgen nachmittag fortgesetzt werden.

Hierzu erfahren wir: Das Reichskabinett beabsichtigt jetzt, entgegen dem vor kurzem aufgetauchten Plan, nicht nur ein sogenanntes kleines Osthilfeprogramm zu verabscheiden, sondern **sofort das auf mehrere Jahre berechnete Gesamtprogramm. Die Aufwendungen für ein solches großzügiges Hilfsprogramm werden auf mindestens 500 Millionen berechnet.** Einzelne Schätzungen der Kosten für die geplanten finanziellen, kulturellen und Verkehrsmaßnahmen gehen aber auch erheblich über diesen Betrag hinaus. Um ein Sofortprogramm handelt es sich nur insoweit, als zunächst die Finanzierung der im laufenden Jahre erforderlichen Mittel beschlossen werden soll, aber eben nur als der erste Teil der Gesamtaktion.

Für das laufende Jahr sind die folgenden Beträge in Aussicht genommen: 29 Millionen aus dem Ostpreußen-Hilfsprogramm von 1929, 22 Millionen aus dem schon vor einiger Zeit vom Reichsinnenministerium ausgearbeiteten Ostprogramm, das auch die Grenzmark und Schlesien umfaßt. Zu diesen bereits im Etat eingesetzten Mitteln sollen noch 50 bis 60 weitere Millionen im laufenden Jahr hinzukommen, die aus dem Reservefonds der Bank für Industrieobligationen, aus Mitteln der Rentenbank und der Reichskreditanstalt aufgebracht werden sollen, so daß **eine Mehrbelastung der Steuerzahler über die Etatansätze hinaus jedenfalls im laufenden Jahre nicht erfolgen würde,** während die Finanzierungsmöglichkeiten für die weiteren Jahre des Ostprogramms einstweilen noch ungewiß sind. Vor allem ist man sich auch noch nicht über die räumliche und zeitliche Gliederung des Programms einig, weder über den Zeitraum, über den sich die Hilfsaktion erstrecken soll (fünf oder zehn Jahre), noch über die Gebiete, die unterstützt werden sollen, vor allem über die Frage, ob neben Ostpreußen, der Grenzmark, Oberschlesien und einigen niederschlesischen Kreisen auch Teile von Pommern und Brandenburg mit in das Programm einbezogen werden sollen.

Die Beratungen des Kabinetts gestalteten sich deshalb schwierig, weil die Gestaltung des Programms nicht bei einem Ministerium liegt, sondern sowohl das Reichsfinanzministerium wie auch das Reichsinnenministerium beteiligt sind, und das Reichsernährungsministerium schließlich für die speziellen landwirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen zuständig ist. Die Hauptpunkte des neuen Programms, soweit sie über die bereits in dem Haushaltsplan eingestellten Maßnahmen hinausgehen, betreffen die landwirtschaftliche Umschuldung und die Besitzfestigung. Gerade wegen der Umschuldungsaktion muß nach Auffassung der Sachverständigen ein auf mehrere Jahre berechnetes Programm aufgestellt werden. Die Zuziehung des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther zu der gestrigen Beratung weist auf die Umschuldungsfrage und auf die Frage der Besitzfestigung hin, da ja gerade bei diesen beiden Punkten die bankmäßigen Gesichtspunkte entscheidend sind.

Das Gesamtprogramm soll noch während der Sommertagung dem Reichstag vorgelegt werden, so daß ein Rahmengesetz mit mehrjähriger Gültigkeit verabschiedet werden würde, das aber finanziell insofern auf einer etwas unsicheren Grundlage steht, als eben für das laufende Jahr ausgeworfene Mittel aus einmaligen Einnahmequellen stammen und in den nächsten Jahren andere Einnahmequellen erschlossen werden müßten, die man bisher noch nicht gefunden hat.

Die Vertreter Preußens sind zu den Vorbereitungen der zuständigen Reichsressorts für das Programm hinzugezogen worden, und den verantwortlichen preußischen Stellen sind die bisherigen Entwürfe der Reichsressorts zur Kenntnis gebracht worden, so daß man in Preußen über die Pläne der Reichsregierung unterrichtet ist. Eine abschließende Besprechung mit den verantwortlichen preußischen Stellen ist aber bisher eben deshalb nicht möglich gewesen, weil im Reichskabinett selbst noch keine Einmütigkeit über den Plan besteht. Man will aber in jedem Fall in dieser Frage mit Preußen eng zusammenarbeiten, weil diese Zusammenarbeit zwischen Reich und Preußen schon wegen der maßgebenden Rolle, die die Preußenkasse in Umschuldungsaktionen und ähnlichen Maßnahmen spielt, unentbehrlich erscheint.